

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 0030/39
Telefax: 086848 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Helmut Wleczorek MdB
zum Verteidigungshaus-
halt 1991: Zahlen-
trickserei statt Abrüs-
tung.

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB
zur Diskussion über die
künftige deutsche
Hauptstadt: Ein Plä-
doyer für Provinzialität.

Seite 2

Peter Conrad MdB zu
einem skandalösen
deutsch-deutschen
Rentenfall: Gerechtig-
keit in unserem Sozial-
system ein Fremdwort?

Seite 4

45. Jahrgang / 126

5. Juli 1990

Zahlentrickserei statt Abrüstung Zum Verteidigungshaushalt 1991

Von Helmut Wleczorek MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deut-
schen Bundestages

Mit Taschenspielertricks, die eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit bedeuten, versucht die Bundesregierung zu verschleiern, daß sie trotz weltweiter Entspannung und Abrüstung Milliardenbeträge für neue Waffensysteme und die Aufstockung der Munitionsvorräte ausgeben will.

1991 soll der Verteidigungshaushalt entgegen der offiziellen Erklärungen weiter wachsen. Die angebliche Kürzung von 53,7 Milliarden DM 1990 auf 52,6 Milliarden DM 1991 beruht auf einem Buchungstrick: 1,2 Milliarden DM sogenannter Personalverstärkungsmittel, die für die Besoldungsanhebung 1991 benötigt werden, werden nicht wie 1989 und 1990 im Verteidigungshaushalt veranschlagt, sondern in den Haushalt "Allgemeine Finanzverwaltung" verschoben. Um exakt vergleichen zu können, müssen sie in den Verteidigungshaushalt eingerechnet werden, der damit auf 53,8 Milliarden DM steigt. Nicht einmal mitgerechnet sind 67 Millionen für neue Flugzeuge der Flugbereitschaft des Verteidigungsministers, die ebenfalls im Einzelplan "Allgemeine Finanzverwaltung" verschwinden.

Unter anderem sind im Verteidigungshaushalt 1991 vorgesehen (Baransätze):

- für die Erhaltung vorhandener Waffensysteme (Panzer, Schiffe, Flugzeuge usw.)	4,4 Milliarden DM
- für neue Munition	2,4 Milliarden DM
davon	
o zur Aufstockung der Munitionsvorräte	1,6 Milliarden DM
o für Übungs- und Ausbildungszwecke	0,8 Milliarden DM
- für die Beschaffung neuer Waffensysteme	4,8 Milliarden DM
davon	
o Panzer und militärische Fahrzeuge	1,7 Milliarden DM
o Schiffe	1,4 Milliarden DM
o Flugzeuge	1,7 Milliarden DM

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindertem Umweltschutz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



- für die Weiterentwicklung des Jäger 90 0,8 Milliarden DM
- für Erforschung, Entwicklung und Erprobung neuartiger Waffensysteme 2,2 Milliarden DM
- für große Baumaßnahmen (Kasernen, Infrastruktur, Depots usw.) 1,3 Milliarden DM

Neben den Baransätzen wird zusätzlich das Volumen für neue mehrjährige militärische Vorhaben, also zum Beispiel langlaufende Entwicklungs- und Beschaffungsverträge für neue Waffensysteme (sogenannte Verpflichtungsermächtigungen), von 14,5 Milliarden DM 1990 auf 17,7 Milliarden DM 1991 massiv ausgeweitet. Der Verteidigungsminister hat dadurch im nächsten Jahr insgesamt einen erheblich größeren Spielraum als im laufenden Jahr.

Ich sehe in diesem Verteidigungshaushalt 1991 eine sicherheitspolitische Dummheit und einen glatten Wortbruch der Bundesregierung. Entgegen ihren Lippenbekenntnissen zur Abrüstung und trotz der politischen Umwälzungen in Osteuropa, die die Sicherheitslage grundlegend verändert haben, hält die Bundesregierung am alten Freund-Feind-Denken fest. Sie vergaudelet nicht nur Milliardenbeträge, die dringend zur Bewältigung der deutschen Vereinigung gebraucht werden, sie versäumt es auch, durch klare Abrüstungsschritte den laufenden Verhandlungen in Wien zusätzlichen Schub zu geben.

Der Verteidigungshaushalt gehört jetzt auf den Prüfstand. Die SPD hält Kürzungen der Baransätze um fünf bis sechs Milliarden DM auf insgesamt rund 48 Milliarden DM in 1991 für machbar und sicherheitspolitisch geboten. Für 1990 bis 1994 streben wir ein Kürzungsvolumen von mindestens 30 Milliarden DM an. Darüber hinaus müssen die Verpflichtungsermächtigungen drastisch zurückgefahren werden.

Mit den freigesetzten Mittel läßt sich nicht nur die Schuldenaufnahme des Fonds Deutsche Einheit beträchtlich reduzieren. Wir gewinnen auch finanziellen Spielraum, um unserer Verantwortung zur Bekämpfung in der Welt und der globalen Umweltkrise endlich gerecht zu werden.

(/5.Juli1990/rs/ks)

Ein Plädoyer für Provinzialität Zur Diskussion über die künftige deutsche Hauptstadt

Von Ernst Waltemathe MdB

Die Freude über die Überwindung des Stalinismus im bisherigen "Ostblock", über die Beendigung des Kalten Krieges, über das Zusammenwachsen Deutschlands in einem zusammenwachsenden Europa und über neue Chancen des friedfertigen Miteinander, ist allgemein in ganz Europa gegenwärtig. Ein Deutschland wird nicht behindert. Aber die Unbekümmertheit und das Tempo der Deutschen könnten Ängste hervorrufen.

Es wäre gut, wenn nicht voreilig und bulldozerhaft jetzt schon Weichen gestellt würden für den Regierung- und Parlamentssitz des Vereinigten Deutschland, jedenfalls nicht in Richtung Berlin. Diese Feststellung mag auch der von mir geschätzten Metropole und den Berliner weh tun, aber es gibt doch politische, psychologische, historische und emotionale Gründe, die eher dagegen sprechen, die größte Stadt in einem (Bundes-) Staat zum Sitz der "politisch verantwortlichen Führung" zu machen.

Schon der Ausdruck der "Führung" weckt gruselige Assoziationen.

Sicher: Mehr durch einen Zufall als durch handfeste historisch-politische Überlegungen wurde Bonn nach dem Wahlsieg Adenauers die (provisorische) Hauptstadt der (provisorischen) Bundesrepublik.

Immer war von den "Koffern in Berlin" die Rede, und die SPD hatte lange Zeit nur die (provisorische) "Baracke" als Hauptquartier des Parteivorstandes in Bonn etabliert. Aber nun steht Bonn für 41 Jahre parlamentarische, föderative Demokratie, für Integration in Europa statt Vorherrschaft, für provinzielle Staatsführung statt großkotzigem "Wir sind wieder wer".

Provinzialität und Bescheidenheit können durchaus höchst kluge Tugenden sowohl für föderale Strukturen im Innern als auch für vertrauensbildenden Integrationswillen im Äußeren sein. Eine gute Tradition muß kein Volk ohne Not aufgeben.

Es ist kein Zufall, wenn große und kleine Bundesstaaten, aber auch Zentralstaaten eben nicht ihre größte und bedeutendste Metropole auch noch als Regierungs- und Parlamentssitz etabliert haben: USA, Brasilien, Australien, Schweiz, Niederlande. Die Aufzählung ließe sich fortführen.

Die "Identität" der DDR mit "ihrer" Hauptstadt? War denn (Ost-) Berlin ein Symbol für Demokratie und föderalistische Machtverteilung?

Die "Identität" der Deutschen mit einer Hauptstadt Berlin: War denn Berlin, außer zur Weimarer Zeit (als es zu wenig Demokraten gab) jemals Symbol für etwas anderes als Zentral- und Obrigkeitsstaat?

Als jemand, der sich in einer toleranten Hauptstadt, in Amsterdam, auskennt, weil er dort zur Schule gegangen ist und dort deutsche Besatzungszeiten er- und überlebt hat, und der Berlin als Großstadt sehr gern mag und seinen Bewohnern(innen) nicht Unrecht widerfahren lassen will, empfehle ich gleichwohl, daß die Deutschen nicht von Berlin aus regiert werden.

Amsterdam ist die verfassungsmäßige Hauptstadt der Niederlande. Amsterdam ist die bedeutendste und größte Stadt der Niederlande, die große kulturelle Metropole. Die Niederlande ist ein Zentralstaat, die Provinzen sind nicht mit unseren Bundesländern gleichzusetzen, wenn sie auch über die 1. Kammer des niederländischen Parlaments gewissen Einfluß auf die Gesetzgebung und Regierung ausüben können.

Aber die Residenzstadt (Regierungs- und Parlamentssitz) ist auch dort eine bescheidene "provinzielle" Stadt: Den Haag. Dies tut der Bedeutung Amsterdams keinen Abbruch.

Berlin mag (Haupt-) Sitz des Bundespräsidenten werden und insoweit "Hauptstadt". Das Bundesverwaltungsgericht soll dort weiterhin exekutives Handeln rechtlich beurteilen. Es wäre möglicherweise höchst vernünftig, auch das Bundesverfassungsgericht nach Berlin zu verlegen: Berlin als Sitz des Repräsentanten und der Kontrollinstanzen zur Einhaltung des dezentralen, demokratisch verfaßten Gemeinwesens. Auch wichtige Bundesbehörden sollten in Berlin bleiben und zusätzlich nach Berlin kommen. In einem wachsenden gemeinsamen Europa bietet sich Berlin des weiteren als Ort für neue Gemeinschaftsinstitutionen an.

Ein Regierungs- und Parlamentsort Berlin hingegen würde eher ein Streben nach Zentralismus und Hierarchie symbolisieren.

Es würde Erinnerungen an Vorherrschaftsstreben und Monumentalismus "der Deutschen" wecken.

Nicht finanzielle und soziale Bedenken eines "Umzugs" von Bonn nach Berlin können ausschlaggebend sein. Die finanziellen Konsequenzen einer Entscheidung für Berlin wären zwar nicht gering, aber mit der Zeit lösbar. Ausschlaggebend sollten politische Vernunft, Besonnenheit und die "Europäisierung" deutscher Politik sein.

Nicht Hegemonialstreben bringt uns weiter, sondern "Provinzialität" in einem positiven Sinne.

(-/5.7.1990/rs/ks)

Gerechtigkeit in unserem Sozialsystem ein Fremdwort?
Zu einem skandalösen deutsch-deutschen Rentenfall

Von Peter Conradi MdB

Bei allem Jubel über das Ende der SED-Diktatur und die Öffnung der Mauer dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die in der DDR seit 1946 unter der SED gelitten haben. Viele von ihnen haben ihre Gesundheit und ihre Berufsaufbahn aufs Spiel gesetzt. Viele sind jahrelang in den Gefängnissen gesessen bis ihnen endlich die Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt wurde. Viele dieser Menschen leiden noch heute an der Verfolgung durch die SED.

So auch Frau U. Sie ist in der DDR in den 50er Jahren politisch verfolgt und inhaftiert worden. Um einer erneuten Verhaftung zu entgehen, kam sie in die Bundesrepublik Deutschland. Hier hatte sie durch ihre Haftschäden schwere wirtschaftliche Nachteile beim Aufbau ihrer beruflichen Existenz. Mit großer Anstrengung und Zielstrebigkeit hat sie sich hier als Versicherungsvertreterin eingearbeitet und eine knappe Rente erworben. Für die finanziellen Nachteile aus ihrer politischen Verfolgung und Haft in der DDR wird ihr kein Ausgleich gewährt. Der Härteausgleich für ehemalige politische Häftlinge wird nämlich nur gewährt, wenn die Betroffenen auf den Stand von Sozialhilfeempfängern abgesunken sind.

Bis zum 1. Juli 1990 kamen viele DDR-Bürger in die Bundesrepublik, die nicht politisch verfolgt wurden. Wenn sie im Rentenalter waren, bekamen sie hier eine Altersversorgung, die einer entsprechenden Tätigkeit bei uns entspricht. Das gilt auch für die DDR-Bürger, die der SED aktiv angehört und an deren Unterdrückungspolitik teilgenommen haben. Wenn der Staatsanwalt oder der Richter, die Frau U. damals verfolgt und verurteilt haben, zu uns gekommen sind, bekommen sie ihre Pension, als seien sie in all diesen Jahren Staatsanwalt oder Richter bei uns gewesen. Das Opfer ihrer Tätigkeit muß jedoch zeitlebens für ihre politische Verfolgung Nachteile hinnehmen, die die Bundesrepublik nicht ausgleicht.

Frau U. hat sich an die Petitionsausschüsse des baden-württembergischen Landtags und des Deutschen Bundestags gewandt, ohne Erfolg. Sie hat dem Herrn Bundespräsidenten geschrieben, ohne Erfolg. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat ihr einen kaltherzigen Bürobescheid geschickt. Für Frau U. stellt sich die Frage, warum die Bundesregierung ehemalige Staatsanwälte und Richter, die in der DDR politisch anders denkende Mitbürger verfolgten, für ihre Dienste honoriert. Frau U. hat aufgrund ihrer Nachweise der Notaufnahme nach Paragraph 1, Absatz 2 (besondere Zwangslage) erhalten, sie ist außerdem anerkannt als politisch Verfolgte. Ein Teil ihrer Gesundheitsschäden während der Haftzeit sind ihr zwar anerkannt worden, werden aber finanziell nicht ausgeglichen - ein weiterer Teil schwebt im Dunkel der Stasiakten.

Gerechtigkeit ist in unserem Sozialsystem offenbar ein Fremdwort. Dabei hatten wir das alles doch schon einmal: Nach der Nazizeit erhielten die Verfolger in den Richterroben ihre ungeschmälerte Pension, die Opfer mußten jahrzehntelang, oft ohne Erfolg um eine kleine Entschädigung für das erlittene Unrecht kämpfen.

Wann wird die Bundesregierung, wann wird der Bundestag dafür sorgen, daß die Opfer des SED-Regimes für die erlittenen Schäden und Nachteile einen Ausgleich erhalten?

(-/5.7.1990/rs/ks)
